

Zu wenig Geld für Jugendarbeit

Brandbrief an den Senat: **Haushaltsentwurf** berücksichtige steigenden Bedarf im Bezirk Harburg nicht

Lars Hansen



BGZ FREYA BAIER

Die Zahl der Treffpunkte im Bezirk Harburg ist schon jetzt zu gering. Und er wird mit den Neubaugebieten in Neugraben noch deutlich wachsen BGZ/Freya Baier

Harburg :: Die Stellungnahme gleicht einem Brandbrief: Das Geld, das der Senat dem Bezirk Harburg im Doppelhaushalt der Jahre 2019/2020 für die Jugendarbeit zugestehen will, reicht hinten und vorne nicht, ist die Essenz des Schreibens des stellvertretenden Bezirksamtsleiters Dierk Trispel an die Senatskanzlei. Notwendige Neuinvestitionen seien im Haushaltsentwurf überhaupt nicht berücksichtigt. Dabei sei schon das bisherige Angebot unterfinanziert. „Die vorhandene Infrastruktur der Jugendhilfe im Bezirk Harburg ist nicht bedarfsgerecht ausgestattet“, schreibt Trispel und nennt als Ansprechpartner für Rückfragen einen, der es wissen muss: Jugendamtsleiter Thomas Thomsen.

Statt aber Angebote abzubauen, müsse der Bezirk seine Jugendhilfe-Angebote erheblich ausbauen, teilt Trispel mit: „Der Haushaltschlüssel berücksichtigt weder die aktuelle soziale Situation, noch die in den Jahren 2019 und 2020 zu erwartenden Zuzüge sowie die in großer Anzahl verbleibenden Flüchtlinge. Die Sozialstruktur im Bezirk verändert sich zunehmend und erhöht die Anforderungen an die Jugendhilfe.“

Die Bezirksversammlung hat dazu auch Maßnahmen beschlossen und in Hamburg angemeldet: Eine zusätzliche Jugendeinrichtung in Harburg und zwei neue Einrichtungen in Süderelbe, davon mindestens eine in Sandbek; weil durch die Neubaugebiete im Fischbeker Osten dort mit sehr viel Bevölkerungszuwachs zu rechnen sei. Außerdem sollen für das Harburger Kerngebiet drei neue Straßensozialarbeiter eingestellt werden.

Allein die Baukosten würden nach jetzigem Ansatz mit sieben Millionen Euro zu Buche schlagen und sind im Entwurf des kommenden Doppelhaushalts noch nicht vorgesehen. Das wäre aber dringend nötig, weil zumindest der Baubeginn noch in den nächsten Haushalt fällt. Erst die weiteren Kosten, die sich aus dem Betrieb der zusätzlichen Einrichtungen ergeben, könnten auf den darauffolgenden Doppelhaushalt geschoben werden. Knapp 230.000 Euro jährlich für die neuen Sozialarbeiter sollten, nach Wunsch des Harburger Jugendamts aber spätestens 2019 im Haushalt auftauchen, denn die Kräfte sollen „schnellstmöglich“, so Trispel, ihre Arbeit aufnehmen.

Nicht nur neue Ausgaben steigern den Finanzbedarf der Jugendarbeit. Auch die Arbeit selbst wird teurer. Seit 2012 stagniert der Etat. Sämtliche Tariferhöhungen für die Angestellten mussten in der Zwischenzeit durch Einschnitte aufgefangen werden.

Dies gelang den Kommunalpolitikern im Jugendhilfeausschuss immer so gerade eben, ohne dass die Einschnitte empfindlich werden mussten. „Oft haben sich am Ende eines Jahres Gelder gefunden, die nicht abgerufen wurden, weil vielleicht ein Projekt nicht stattgefunden hat, oder irgendwo ein teurer erfahrener Mitarbeiter ausschied und durch einen günstigen Berufsanfänger ersetzt wurde“, sagt die Ausschussvorsitzende Claudia Loss (SPD), „da haben sich kleine Beträge addiert. Nur werden diese Reste von Jahr zu Jahr weniger. Und man kann sie auch nicht von vornherein einplanen.“

Für 2017/18 sieht es so aus, als würde die Rechnung gerade so aufgehen. Sicher ist das aber nicht, sagt Bettina Maak, Pressesprecherin des Bezirksamts: „Über die Höhe des Reste aus 2017 können wir jetzt noch keine definitiven Aussagen treffen. Noch sind nicht alle Leistungen des Vorjahrs abgerechnet. In früheren Jahren hatten wir schon im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit mehrfach darauf hingewiesen, dass die Reste abschmelzen und absehbar nicht dauerhaft zur Verfügung stehen.“

Die Fraktion der Linken hatte einen Antrag in die Bezirksversammlung einbringen wollen, der eine ausreichende Finanzierung der Jugendarbeit fordert. Diesen Antrag zogen die Linken auf Wunsch

der anderen Parteien zurück, denn der Jugendhilfeausschuss hatte schon einen ähnlichen Beschluss gefasst, indem er die Bezirksamts-Stellungnahme wortwörtlich übernahm. Die Bezirksversammlung wiederum übernahm den Beschluss ihres Ausschusses. „Das ist sachlich in Ordnung“, sagt der Linken-Abgeordnete Sahbattin Aras, „aber politisch schade. Über unseren Antrag wäre noch einmal öffentlich diskutiert worden. Der Ausschussbeschluss wurde stumm abgestimmt.“

Endgültig beraten und beschlossen wird der Doppelhaushalt im Sommer.

© 2018 Zeitungsgruppe Hamburg GmbH. Alle Rechte vorbehalten.